

chung vom Marxismus-Leninismus und ist des Lobes voll, wenn Versuche unternommen werden, antimarxistische Konzeptionen in der Arbeiterklasse und unter den Werktätigen zu verbreiten. Ganze Scharen bürgerlicher Professoren werden aufgeboten, die sich im Auftrage der Bourgeoisie mit der „Widerlegung“ des Marxismus-Leninismus zu befassen haben. Die imperialistische Werbezentrale „Waage“ setzte vor einiger Zeit eine ganzseitige Annonce in führende westdeutsche Zeitungen und Zeitschriften mit der Frage ein: „Hat Marx die Welt verändert?“ Sie beantwortete diese mit: „Nein — er hat sie wohl nur gestört.“

In der Tat zerstörten die Arbeiterklasse und ihre Bundesgenossen unter Führung der SED auf dem heutigen Territorium der DDR die Welt des Monopolkapitals, das den Faschismus und seine Verbrechen gegen die Menschlichkeit hervorgebracht hat. Sie veränderten diese Welt mit Hilfe des Marxismus-Leninismus zugunsten des Volkes. Wenn die SED nach 20jähriger Tätigkeit eine kontinuierliche Politik auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens nachweisen kann, dann dank der Tatsache, daß sie sich von Anbeginn von den Ideen des wissenschaftlichen Sozialismus leiten und sich zu keiner Zeit von diesem Weg abdrängen ließ. Diese Prinzipienfestigkeit möchten die Verteidiger des westdeutschen Imperialismus allzu gern als „Dogmatismus“ darstellen.

Anleitung zum Handeln

Wie jede echte Wissenschaft wird der Marxismus-Leninismus mit den veränderten geschichtlichen Bedingungen und den neuen Aufgaben, die sich daraus für den Kampf um den gesellschaftlichen Fortschritt ergeben, entwickelt und bereichert.

Nach der Zerschlagung des Hitlerfaschismus durch die siegreiche Sowjetarmee und den anderen Kräften der Antihitlerkoalition mußte die Frage beantwortet werden: Wie soll es in Deutschland weiter gehen? Mit ihrem Aufruf vom 11. Juni 1945 hatte die Kommunistische Partei Deutschlands die politische Konzeption für eine antiimperialistische Umwälzung entwickelt. Sie hatte zum Ziel, eine antifaschistisch-demokratische Ordnung in ganz Deutschland zu errichten. Mit der Verwirklichung dieser Konzeption sollte gleichzeitig die bürgerlich-demokratische Revolution vollendet und die Wiederholung von Fehlern der Novemberrevolution 1918 verhindert werden. Mit diesem Aufruf wurde die Grundlinie der Beschlüsse, die auf den Parteikonferenzen der KPD in Brüssel (1935) und Bern (1936) gefaßt

worden waren, fortgesetzt. Sie wurde in Übereinstimmung mit der neuen Lage und dem neuen Kräfteverhältnis der Klassen in Deutschland weiterentwickelt und ermöglichte die Schaffung eines breiten antifaschistisch-demokratischen Bündnisses, in dem die einig handelnde Arbeiterklasse die Führung innehatte.

Der Aufruf des Zentralaussschusses der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der am 15. Juni veröffentlicht wurde, brachte ebenfalls den Willen der Mehrheit ihrer Mitglieder und Funktionäre zum Ausdruck, die ökonomischen und politischen Wurzeln des Faschismus zu überwinden und antifaschistisch-demokratische Verhältnisse zu schaffen. Voraussetzung dafür war die einheitlich handelnde Arbeiterklasse. Denn nur unter Führung der geeinten Arbeiterklasse war es möglich, die Aufgaben der antiimperialistischen, antifaschistisch-demokratischen Revolution zu lösen.

Infolge einer richtigen politischen Konzeption und unter Berücksichtigung der Lehren der Geschichte kam es zwischen den Leitungsorganen der KPD und SPD Mitte Juni 1945 zu Vereinbarungen über gemeinsame Aktionen. Trotz noch vorhandener unterschiedlicher Standpunkte in einer Reihe von politisch-ideologischen Fragen war diese Vereinbarung ein hervorragendes Beispiel für die Zusammenarbeit der beiden Arbeiterparteien auf der Basis der vollen Gleichberechtigung. Sie stellte das Einende in den Mittelpunkt und orientierte auf den gemeinsamen Kampf zur Ausrottung der ökonomischen und politischen Wurzeln des Faschismus und zur Überwindung der furchtbaren Notlage des Volkes.

Durch den kameradschaftlich geführten ideologischen Klärungsprozeß festigte sich die Aktionseinheit der Arbeiterklasse. Ein sichtbarer Ausdruck dafür war die Konferenz der Führungsgremien der beiden Parteien mit Vertretern aus den Bezirken — die „Erste Sechziger-Konferenz“ — am 20. und 21. Dezember 1945 in Berlin. Diese gemeinsame Konferenz schätzte in der angenommenen Entschließung den Klassencharakter des Faschismus und die antinationale Rolle des deutschen Imperialismus ein. So hieß es z. B. in der Entschließung dieser Konferenz: „... der Hitlerfaschismus

(war) nichts anderes als das Werkzeug des Monopolkapitals zur Niederschlagung aller fortschrittlichen und freiheitsliebenden Kräfte, zur Durchführung der verbrecherischen Kriege- und Eroberungspläne des Finanzkapitals. In der Macht der Truste, Konzerne und Kartelle liegt die tiefste Wurzel des Faschismus und des imperialistischen Krieges“.

Diese gemeinsam getroffene Einschätzung war